

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: R. Grahmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk., vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Rohmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haackstein & Vogler, G. L. Danne, Invalidenbank, Berlin, Bernh. Arndt, Max Gerschmann, Eberfeld, H. Thines, Greifswald, G. Müller, Halle a. S., Jul. Bard & Co., Hamburg, Joh. Neuberger, A. Steiner, Wilhelm Wittenberg. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heint. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der provisorische Börsenausschuss.

Nach § 3 des Börsengesetzes ist zur Begutachtung über die der Beschlussfassung des Bundesrats überwiesenen Angelegenheiten als Sachverständigen-Organ ein Börsenausschuss zu bilden, der aus mindestens 30 Mitgliedern besteht. Die Wahl der Hälfte der Mitglieder erfolgt auf Vorschlag der Börsenorgane durch den Bundesrat. Die andere Hälfte wird unter angemessener Berücksichtigung von Landwirtschaft und Industrie gewählt. Da das Gesetz am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft tritt, der Bundesrat also schon vorher eine ganze Reihe von Ausführungsbestimmungen zu erlassen hat, so ist es durchaus sachgemäß, dass derselbe einen provisorischen Börsenausschuss nach Analogie des § 3 berufen hat, um im Voraus jeden Verdacht abzuweisen, als ob er seine Entscheidungen ohne den Beirath von Sachverständigen gefasst habe. Bei der Wahl der zweiten Hälfte dieses Ausschusses hat nun ohne Zweifel zu seinem leibhaftigen Bedauern der Bundesrat nicht den vollen Beifall der Agrarier gefunden; er hat nur acht Sachverständige aus landwirtschaftlichen Kreisen berufen, ferner 2 Mitglieder der Berliner Kaufmannschaft, Geh. Kommerzienrath G. v. Wendenföhrh-Neuboth und Geh. Rath Frenkel, die Industriellen B. Gahler-Augsburg, van den Wyngaert, Vorsitzender des Verbandes deutscher Müller und Dr. Kolbe-Sachsen und endlich zwei wissenschaftliche Sachverständige, Prof. Verzi-Göttingen und Professor Max Weber-Freiburg i. Br. Wenn der Bundesrat den Wunsch der Agrarier, wenigstens einen Vertreter der Wissenschaft, der auf dem Boden der „agratischen Weltanschauung“ steht, nicht erfüllt hat, so hat er sich gewiss von der Erwägung leiten lassen, dass die in Frage kommenden Herren an Sachverständigkeit in Börsenangelegenheiten Alles zu wünschen übrig lassen. Kann man doch ohnehin schon die Wahl der von der preussischen Regierung vorgeschlagenen Herren Camp, Graf Arnim-Muskan, Graf Kanitz nur durch die Annahme erklären, dass der Handelsminister diesen Agrariern habe Gelegenheit geben wollen, ihre Kenntnisse der Börsenangelegenheiten bei den Verhandlungen des Börsenausschusses zu veranschaulichen. Wenn die Agrarier unzufrieden damit sind, dass ihnen von 15 Mitgliedern nur 8 entnommen sind, so ist das unverständlich. Nach der Regierungsvorlage sollte der Börsenausschuss zu zwei Dritteln aus den Sachverständigen der Börse und zu einem Drittel aus anderen Sachverständigen bestehen; erst die agrarische Mehrheit des Reichstags hat die Zahl der letzteren auf die Hälfte vermehrt, so dass die 27 deutschen Börsen nur 15 Sachverständige zu stellen haben.

Aus den aufgeregten Erörterungen der agrarischen Presse ergibt sich mit aller Deutlichkeit, dass diese Kreise noch immer nicht — was der Reichsamt-Präsident Dr. Koch in der zweiten Beratung des Börsengesetzes schon betont hat — eingesehen haben, dass es sich in Börsenangelegenheiten nicht darum handelt, dem Bundesrat ein Sachverständigen-Organ zur Verfügung zu stellen, welches in den schwierigen börsen-technischen Fragen Rede und Antwort stehen soll. Die „Post“, die man in diesen Fragen wohl als Sprachrohr des Grafen Arnim betrachten darf, schrieb neulich: „Dass bei dieser Zusammenkunft die Mehrheit des provisorischen Börsenausschusses in ihrem Gutachten radikale Veränderungen der jetzigen Zustände, abgesehen von den durch das Gesetz selbst vorgeschlagenen, nicht empfehlen und auch solche nicht beantragen wird, darf als zweifellos gelten.“ Selbstverständlich. Es ist ja auch die Aufgabe des Bundesrats nur die, diejenigen Veränderungen der Börsenverhältnisse auszuführen, welche das Gesetz selbst vorgehoben hat. Darüber hinaus radikale Veränderungen herbeizuführen, wäre lediglich Sache der Gesetzgebung.

Deutschland.

Berlin, 25. November. Nach der gestrigen Vertheilung der Marineerkranten in Kiel nahmen der Kaiser und Prinz Heinrich das Frühstück im Kasino der Marineoffiziere ein und kehrten um 2 1/2 Uhr nach dem Schlosse zurück. Die Kaiserin fuhr bald darauf nach Bismarck, während der Kaiser den Kreuzer „Sperber“ besichtigte, der nach dem Eintreffen des Kaisers alsbald in See ging. Auf See fanden Schießübungen statt. Um 6 1/2 Uhr kehrte der „Sperber“ zurück, worauf sich der Kaiser in Begleitung des Prinzen Heinrich am Bord des Panzers „König Wilhelm“ begab.

Die „Lib. Corr.“ schreibt: Von verschiedenen Seiten ist in den letzten Tagen das Gerücht verbreitet worden, dass die preussische Staatsregierung den sogenannten Affektorenparagrafen in der eingebrachten Richterbefolgungsvorlage wieder aufnehmen würde. In parlamentarischen Kreisen dagegen besteht die Ansicht, dass dieses Gerücht unbegründet sei. Man hält es für ausgeschlossen, dass die Staatsregierung nach dem Verlauf der Verhandlungen der letzten Sitzung auf diese Frage sofort wieder zurückkommen werde.

Die Erhebung, welche auch im laufenden Jahre das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe über die Wirkung der Handelsverträge veranlasst hat, dürfte von Neuem in ihren Ergebnissen darthun, dass diese Wirkung noch immer eine günstige ist. Die von den wirtschaftlichen Vereinigungen abgeforderten Berichte, so schreiben die „Berl. Pol. Nachr.“, sprechen sich fast durchweg in einem solchen Sinne aus. Und wenn in diesem Jahre vielleicht weniger Gutachten auf die Aufforderung des Ministers für Handel und Gewerbe eingingen sollten, als sonst, so würde dies in gleichem Sinne auszulegen sein, weil in der Aufforderung bemerkt war, dass, wenn nichts berichtet wird, angenommen werden würde, es wären die früher bemerkten günstigen Wirkungen auch jetzt noch festzustellen gewesen.

Der Oberbürgermeister Jelle hat als Vorsitzender des Städtetages seinen Ausschuss für Sonnabend, 28., zusammenberufen, um wegen des verbesserten Lehrerbefolgungsgesetzes Stellung zu nehmen. In städtischen Kreisen ist die Opposition gegen das Gesetz durch das von Herrn Miquel weiter gepeferte „Müllchen“ nicht besonders geschwächt worden. Man hebt hervor, dass Herr Miquel dem Großgrundbesitzer gegenüber ein anderes Maß von Entgegenkommen für

nützlich und nöthig hält. Auf Grund der gesetzlichen Zuwendungen der Jahre 1888 und 1889 verlangte die Unterrichtsverwaltung von den Städten eine Erhöhung der Lehrerbefolgung. Eine ganze Reihe von Städten, Berlin voran, kamen dem Verlangen nach. Jetzt, nachdem die Erhöhung der Gehälter eingetreten ist, kommt man mit einem neuen Gesetze, das die Zuwendungen zum Theil wieder zurücknimmt. Am meisten aber stemmt man sich in städtischen Kreisen gegen die Prinziplosigkeit der Vorlage. Der Städtetag wird, wie verlautet, alsbald in einer neuen Petition sich gegen die Grundlagen des Entwurfes und gegen eine Anzahl seiner Bestimmungen wehren.

Innerhalb der zuständigen Ressorts wird die Frage, wie es mit der Vernetzung des Bernsteinregals in Zukunft gehalten werden soll, schon seit einiger Zeit nach allen Richtungen hin erwogen. Der Vertrag mit der Firma Stantien u. Veder in Königsberg läuft bekanntlich Ende nächsten Jahres ab. Nachdem in Königsberg und Danzig im Laufe des Sommers Verhandlungen unter Theilnahme der Kommissarien der beteiligten Ministerien stattgefunden haben, soll, wie der „Danz. Ztg.“ mitgeteilt wird, am 12. Januar l. J. eine nochmalige Verhandlung in Berlin im Handelsministerium stattfinden, in welcher Vertreter der Kaufmannschaften und des Bernsteinverarbeitendes gehört werden sollen. Eingeladen sind zu der Konferenz durch die Minister für Landwirtschaft und Handel und Gewerbe u. A. als Vertreter der Kaufmannschaften von Königsberg, Danzig, Stettin und Berlin die Herren Ritzhaupt und Schröder, Danne, Hater, Herz, ferner der Vorsitzende des deutschen Handelsrates Frenkel, der Vorsitzende des deutschen Drechsler- & Innungsverbandes Wegner-Berlin, der Obermeister der Bernstein-drechsler-Innung Jaglinski-Danzig und Herr Kaufmann und Bernsteinwarenfabrikant Ernst Petzsch-Danzig. Außerdem sind zur Theilnahme an der Konferenz aufgefordert die Mitglieder des Abgeordnetenhauses: Ehlers, Danneberg, Fehr, v. Quene, Dr. Irmer, Krause, Graf Limburg-Stirum und Widert.

Offiziös wird gegenüber den Darstellern verschiedener Blätter folgendes mitgeteilt: „Dass von einer Zurücksetzung der von auswärtigen in die Provinz Posen gekommenen katholischen Lehrer nicht die Rede sein kann, bemerkt z. B. der Umstand, dass von 23 Lehrern und 41 Kandidaten, die in den Jahren 1886—89 in den Regierungsbüro Posen übergetreten sind, 7 Stellen alleinsehnender Lehrer und 15 erste Lehrerstellen bekleiden.“

Der Ausschuss der Freien Vereinigung der Anhänger griechischer Wertpapiere hat sämtliche Mitglieder des Reichstages eine Denkschrift über den bisherigen Verlauf und den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mit Griechenland zugeandt. Außerdem hat der Ausschuss an die Vorstände sämtlicher Reichstagsfraktionen ein besonderes Schreiben gerichtet, worin die Fraktionen ersucht werden, durch geeignete Anträge und Anfragen an die Reichsregierung die Angelegenheit im Reichstage recht bald von Neuem zur Erörterung zu bringen und dahin zu wirken, dass die griechische Regierung durch unser Auswärtiges Amt gezwungen werde, ihren vollen Verpflichtungen gegen deutsche Unterthanen sofort nachzukommen.

Es ist der öffentlichen Aufmerksamkeit nicht entgangen, dass unser Landsmann Prof. Dr. Koch während seines kurzen Londoner Aufenthaltes von der dortigen wissenschaftlichen Welt mit auflallender, ja geradezu stürmischer Begeisterung wurde. Zum Theil mag an diesem wenig Takt bedenkenden Verhalten gekränkte Gelehrtenneid Schuld gewesen sein, die es dem Ausländer nicht verzeihen, dass die Klappe der Regierung gerade auf seine, statt einer laudamännlichen Fachautorität, Dienste zur Begründung des Wesens der Kinderpest reflektierte. Jedenfalls hat es in den englischen Zeitungen an Zuschriften aus englischen Gelehrtenkreisen nicht gefehlt, welche sich ab irato über den Verstoß Koch's nach der Skaplonie beunruhigen ließen. Damit aber spielt zweifellos auch der allgemeine Deutschenghaß hinein, der in Folge des Festschlagens der Spekulationen englischer Politiker auf die deutsche Untüchtigkeit und Unwissenheit mehr als je in die Wägen geschoben ist und nur durch die Furcht einigermaßen im Zaum gehalten wird, dass man in Deutschland Gleiches mit Gleichem vergelten möchte. Wenn nun auch das nicht, so darf John Bull doch versichert sein, dass man in Deutschland sein Handeln und die Beweggründe desselben nach Gebühr zu würdigen weiß.

Aus Südwest-Afrika ist soeben der Stabsarzt Dr. Richter zurückgekehrt, der dort eine Reihe von Jahren eine überaus erfolgreiche Thätigkeit entfaltete. Mit ihm zurückgekehrt ist sein muthiges Weib, die Tochter des Kaufmanns Mamiro de Palacios, die als fleißiges, jungfräuliches Mädchen vor drei Jahren ihrem damaligen Bräutigam bis zur Waise-Waise entgegenreiste und bei der Landung getraut wurde. Ein ihm im Lande der Pereros geborenes Söhnchen hat die weite Reise sehr gut überstanden. Witi Dr. Richter sind auch zwei kleine schwarze deutsche Unterthanen gekommen, nämlich die vierjährige Gabijenda, das Töchterchen des bekannten Pereroshäuptlings Kabimene, der zusammen mit dem Mahero Nikomedes hingerichtet wurde, da er mit diesem gemeinschaftlich gegen die deutsche Regierung aufständisch geworden ist und so den letzten Krieg in Südwest-Afrika erregt hat. Die Pereros haben die kleine Gabijenda Herrn Stabsarzt Dr. Richter, welcher sich bei ihnen einer großen Beliebtheit erfreut, aus Dankbarkeit für seine auch ihnen gegenwärtige ärztliche Thätigkeit zum Geschenk angeboten, und Herr Richter hat sich der kleinen angenommen. Auch ein Pererosknabe, der braunschwarz wie die Häuptlings-töchter ist, befindet sich bei ihnen. Er heißt Hans, ist zwölf Jahre alt und recht intelligent. Es ist dies ein Spielgefährte von dem Söhnchen des schwarzen Lehrers Josephat Kamatos, welchen die Besucher der Gewerbe-Ausstellung wohl alle kennen gelernt haben.

Bei der letzten Staatsberatung hatte der Reichstag den Reichskanzler ersucht, in Anbetracht der auf Einführung des Dienstalterssystems bei einzelnen Beamtenklassen eingetretenen Ungleichheiten mit Gehaltsveränderungen für diese Beamtenklassen vorzugehen, insofern sie von den allgemeinen Gehaltssteigerungen des Jahres 1890

ausgeschlossen waren. Auf Grund dieser Aufforderung hat der Bundesrat nun auch wirklich eine Reihe von Gehaltsaufbesserungen beschlossen und zu diesem Zwecke, wie schon gemeldet, in einem Nachtragsetat 10 150 000 Mk. vom Reichstage verlangt. Die der Vorlage beigegebene Denkschrift, deren Inhalt im Wesentlichen bereits abgedruckt ist, spricht aus, dass die Regierung sich auf die Abstellung der in der Reichstagsresolution erwähnten Mängel nicht beschränken dürfe, sondern weiter gehen müsse, um auch die bei anderen Beamtenklassen herrschenden Mängel zu beseitigen; dass die Regierung hierbei aber systematisch vorgegangen wäre, läßt sich wohl nicht behaupten. So sehr auch anerkannt werden muß, dass selbst die höheren Beamten im Reiche und in den Einzelstaaten ein übermäßig hohes Gehalt nicht beziehen, so muß doch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß ein eigentlicher Nothstand in dem unteren und mittleren Beamtenstande vorhanden ist und daß vor allen Dingen die Zahl der nicht festangestellten Beamten im Verhältnis zur Zahl der etatsmäßigen eine viel zu große ist. Aber die Denkschrift behauptet ausdrücklich, daß eine allernachste Berücksichtigung, insbesondere der unteren, sehr weitgehende Aufwendungen bedingt haben würde, daß selbst die Herausgreifung einzelner Klassen schwer zu übersehende Folgen mit sich gebracht und den ganzen gegenwärtigen Plan der Weiterführung der Verbesserungen gefährdet hätte. Uns scheint, als ob die Regierung bei dem augenblicklichen Stande der Finanzen nicht so ängstlich hätte sein sollen; unbedingt hätte es aber vermieden werden müssen, daß einzelne Beamte geradezu Noth leiden, denn bei einer ganzen Reihe ist bekanntlich die Aufschlagsfrist zum Höchstgehalte verlängert worden.

Genau, 24. November. In der Nachttagung des Kongresses der Christlich-Sozialen Naumann'scher Richtung wurde beschlossen, nicht eine Partei, sondern einen Verein unter dem Namen „National-Sozialer Verein“ zu gründen. Ein Antrag auf Streichung der Stelle des Programmwerfers, welche Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf Landtage und Kommunalverwaltungen“ fordert, wurde mit 63 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Ferner wurde ein Antrag des Pfarrers Groß aus Paderborn (Westfalen), aus dem § 3 des Entwurfs die Worte „Wir fordern ungeschwächte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger“ zu streichen, mit allen gegen 16 Stimmen abgelehnt. Das Programm wurde danach entsprechend dem Antrage des Pfarrers Naumann angenommen. Außerdem gelangte ein Antrag des Lehrers Dill-Gödingen zur Annahme, demzufolge sich der Kongress für die Fachaufsicht über die Schule erklärt.

Aus Baden, 23. November. Aus Anlaß des Falles Brunschwitz sollen dem „Frank. Kur.“ zufolge dem Offizierskorps in Karlsruhe Verfügungen zugegangen sein, deren Inhalt die Veränderung nächstlicher Kollisionen zwischen Bürgern und Militärdargen sei. Den Regimentsobersten sei energisch eingeschärft worden, dem außerordentlichen Vorgehen ihrer Offiziere erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. November. Die Abgeordneten Menger, Waibel und Genossen richteten im Abgeordnetenhaus eine Interpellation an den Ministerpräsidenten wegen der Ansprache, die der Bezirkshauptmann Graf Schaffgotsch anlässlich der Gründung des katholischen Lehrervereins für Vorarlberg gehalten hatte. Die Ansprache stehe zu den Staatsgrundgesetzen, zu den Schullehrgesetzen und zu dem vom Ministerium wiederholt und zuletzt im Budgetantragsbuch in dieser Beziehung fundgegebenen Standpunkte in entschiedenem Widerspruch. Die Interpellanten wünschten zu wissen, welche Mittel der Ministerpräsident, falls die Meldungen richtig sind, ergreifen wolle, damit derartige öffentliche, das Rechtsbewusstsein verwirrende, in jedem Staate unzulässige Vorgänge nicht mehr stattfinden. Die Abg. Bergelt und Genossen überreichten einen Dringlichkeitsantrag, worin die Regierung aufgefordert wird, sich bündig darüber auszusprechen, ob sie die Ansprache des Bezirkshauptmanns in Feldkirch an den katholischen Lehrerverein, die eine schwere Verletzung der nicht-katholischen Minderheiten enthalte und dem Geiste der geltenden Gesetze vollständig widerspreche, billige und wie sie diese rechtsergreifende, andererseits aber, welche Maßregeln sie gegen solche Haltung eines der Regierung unterstellten Verwaltungsbeamten zu ergreifen gedente. (Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Graf Schaffgotsch, ein in der Walle gefärbter Mäxling, sagte am Sonnabend in einer Begrüßungsrede an den neu gegründeten katholischen Lehrerverein für Vorarlberg u. a. folgendes: „Sie wissen, dass unsere parlamentarischen Zustände derart sind, dass die Vertheilungen so vieler, die konfessionelle Schule wieder hergestellt zu sehen, bis jetzt gescheitert sind und auch in absehbarer Zeit nicht realisiert werden können. Nun, es ist von jeher, von uralter Zeit her, bekannt, dass es das Beste ist, wenn die Schule, wenn das Leben der Staatsbürger auf die Religion aufgebaut ist, welche die herrschende Religion des Landes ist. Bei uns ist diese Religion jedenfalls die katholische, und es ist auch ganz sicher, dass schon aus diesem Grunde es das Beste ist, wenn der Staatsbürger in der katholischen Religion erzogen wird. Es ist allerdings ganz klar, dass es für uns auch noch andere Gründe giebt, weshalb wir wollen, dass das Volk gerade in der katholischen Religion erzogen werde, weil sie nämlich, wie wir alle annehmen, die Beste, ja die einzig richtige ist. Wenn wir das heute nicht erreichen können, dass die katholische Religion als die einzige der Schule anerkannt wird, so liegt das daran, dass unser Staat nicht bloß aus Katholiken besteht, sondern auch aus Anhängern anderer Konfessionen. Nun, wenn ich erkläre, dass wir in absehbarer Zeit auf dem Wege der Gesetzgebung nicht zu jenen Zielen gelangen können, welche Ihre Ziele sind, so ist es unmöglich gerechtfertigt, wenn Sie diese Ziele auf anderen Wegen zu erreichen streben, auf denen Sie zu erreichen sind, d. i. nämlich dadurch, dass die Lehrerschaft im katholischen Glauben und im Vereine mit der katholischen Geistlichkeit die Kinder, die ihr anvertraut sind, erzieht, und dass im Wege privater Vereinigung alles angeboten und auf dem Wege privater

Begeisterung und Berufsfreudigkeit das angestrebte wird, was wir bismarck auf dem Wege der Gesetzgebung nicht erzielen können. Ich kann auch hinzufügen, dass gegenwärtig die Regierung jedenfalls nicht auf einem Standpunkte steht, der Ihren Bestrebungen feindlich wäre, und wenn es früher Zeiten gegeben hat, wo feindselige Strömungen herrschten, so sind die glücklicherweise vorbei, und es wird Ihnen kein Hindernis gesetzt, um das zu erreichen, was Sie anstreben.“ Der Landeshauptmann Rhomborg hieß in dieselbe Rede, indem er u. a. sagte: „Der Herr Bezirkshauptmann hat Ihnen in bezeichnender Weise den Standpunkt seiner eigenen Person, sowie den der Staatsregierung ausgedrückt. Es muß Sie das ermuntern, auf dem eingeschlagenen Wege auszuhalten. Die Verhältnisse sind heute wesentlich geändert. Man sieht auch in Regierungskreisen ein, wohin die Konsequenzen des Liberalismus führen. Man sieht die Früchte der Neuschule und erschrickt. Noch vor wenigen Jahren waren manche Lehrer die eifrigsten Anhänger der liberalen Partei; heute, wo sie sehen, dass dieselbe zu Grunde geht, wenden sie sich als Propheten der Zukunft einer neu erkehenden Partei zu; sie werden halbe oder ganze Sozialdemokraten. Ganz natürlich. Gläubigen haben sie keinen mehr, und jetzt, nachdem der Vater alt und runzelig geworden ist, schließen sie sich seinem Sohne, der Sozialdemokratie, an.“ Graf Baden beehrte sich, die Anfragen zu beantworten. Er erklärte, er habe bis zur Stunde noch keine amtliche Kenntniss über die Ansprache. Sollte die angeführten Thatsachen richtig sein, so nehme er keinen Anstand, zu erklären, dass er die feindselige Haltung des Bezirkshauptmanns in der Versammlung nicht nur nicht billigen könnte, sondern geradezu auf das entschiedenste mißbilligen müßte. (Beifall.) Die Regierung habe unbedingt an dem Grundsatze fest, dass die politischen Beamten, die im Dienste der Gesamtheit stehen, in Erfüllung ihrer dienstlichen Obliegenheiten nicht nur jeden Parteistandpunkt zu vermeiden, sondern vielmehr lediglich im Sinne der Gesetze und der ihnen zukommenden Weisungen vorzugehen haben. Diesen Anschauungen gemäß habe er bereits gestern das in dem vorliegenden Falle erforderliche veranlaßt. Er werde überdies nicht ermangeln, die Landesbehörden mit entsprechenden Anweisungen zu versehen, um einer Wiederholung ähnlicher Fälle vorzubeugen. (Beifall.) Bei der Beratung der Vorlage über die Beamten- und Professorengehälter erklärte der Finanzminister Dr. v. Wilmski, die Regierung habe Wohlwollen gegen die Beamten und erkenne die Nothwendigkeit einer Verbesserung ihrer Lage an, allein sie könne dem Auspruchsträger, das Gesetz mit dem 1. Juli 1897 in Kraft treten zu lassen, nicht zustimmen, da es nicht sicher sei, ob bis dahin schon eine Bedeckung der durch die Vorlage bedingten Mehrausgaben möglich sei. Am Schluß der Sitzung zogen die Abgeordneten Nitche und Bergelt ihren Dringlichkeitsantrag zurück, da die über den Vorfall abgegebenen Erklärungen des Ministerpräsidenten befriedigend seien.

Belgien.

Brüssel, 24. November. Repräsentantenkammer. Auf eine Interpellation des Abgeordneten Vorand über den jüngst erfolgten Rücktritt des Kriegsministers Draxine und über die Zurückziehung des von demselben entworfenen Heeresreorganisationsplanes erwiderte der Ministerpräsident de Siret de Nayer, er betrachte die Interpellation als eine Komödie und befreite, jenseits eine formelle Verpflichtung zur Abschaffung der persönlichen Stellvertretung im Heeresdienste eingegangen zu sein. Er hätte nur die Einbringung eines Reorganisationsentwurfes des Heeres im Laufe der gegenwärtigen Tagung versprochen. Die Regierung habe die Entwürfe, mit deren Beratung sie die Kammer in Anspruch zu nehmen beabsichtige, fleißig studiren wollen, und ihre Vorlage verbessere die gegenwärtige Lage sehr beträchtlich. Sie müsse behaupten vorgehen, um die Kammermehrheit nicht zu spalten, hauptsächlich mit Rücksicht auf diejenigen, welche die Frucht einer solchen Spaltung ernten könnten. Man müsse eben verstehen, die Pflichten, die der Patriotismus vorschreibt, mit denen, welche der Parlamentarismus auferlegt, in Einklang zu bringen. Es sei eine Opportunitäts- und keine Prinzipienfrage, welche die Regierung und den General Draxine von einander getrennt habe. Die Regierung wolle weder eine Abschaffung des stehenden Heeres, wie die Sozialisten sie träumen, noch ein Volk in Waffen, wie es den Aristokraten lieb wäre, sondern sie wolle das stehende Heer und das Feldheer verbessern unter Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Effectivbestandes. Das Feldheer würde sich zusammenziehen aus freiwilligen und Militärsoldaten, welche durch das Loos bestimmt werden, wobei man der Stellvertretung einen möglichst geringen Spielraum lasse. Der Minister skizzierte sodann noch den Reorganisationsplan der Bürgerwehr. Morgen Weiterberatung.

Frankreich.

Paris, 23. November. Die im Januar d. J. errichtete Hochschule für die Flotte hat sich in der Gestalt eines aus drei großen Kreuzern bestehenden Geschwaders ebenso wenig bewährt, wie die Vorgriff, dass sie nur von älteren Seesoldaten im Alter von 30 bis 35 Jahren besetzt werden sollte. Dieser kostspielige Versuch ist mißglückt und mit der Verlegung der Marine-Hochschule nach Paris wird auch zugleich eine Erparnis verbunden sein. Die dem Kontre-Admiral Roustan unterstellte Hochschule wird in ihrer neuen Gestalt nur noch Lieutenanten zur See von vier Jahren Dienstzeit aufnehmen, die sich diesem Kommando zu melden und eine Aufnahmeprüfung abzugeben haben. Die Zahl der Lehrer ist zunächst auf fünfzehn festgelegt, die aus Seesoldaten, Ingenieuren, Beamten und Gelehrten ausgewählt werden. Ein achtmonatiger Lehrgang ist in Aussicht genommen, der Lehrplan wird See- und Landtaktik, Strategie und Seetragsgeschichte, Organisation und Verwaltung der Marine, Organisation der eigenen und fremden Flotten, Schiffsbau, Maschinenwesen, Artillerie, Torpedos und Seeminenwesen, Elektrizität, Magnetismus, Astronomie, Geographie, Meteorologie, Ozeanographie und nautische Instrumentenlehre umfassen. Diese technische Hochschule, die namentlich auch mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit eines Zusammenwirkens der Flotte

mit der Landarmee für unerlässlich gehalten wird, wird bei sachgemäßer Leitung bessere Erfolge liefern, als die Hochschule auf dem Geschwader gezeitigt hat; das Vertiefen in ein Fachstudium läßt sich an Bord eines Geschwaders gleichfalls nicht ausführen.

Athen.

Peking, 24. November. (Melbung des „Reuter'schen Bureaus“.) Der Kaiser ernannte Lo-feng-lo zum Gesandten in London, Wu-fing-fang zum Gesandten in Washington und Hwang-tsun-schien zum Gesandten in Berlin. Die drei Gesandten wurden heute vom Kaiser in Audienz empfangen. Der chinesische Gesandte in Washington Yang-jü wurde nach Petersburg verlegt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 25. November. Der Finanzminister beabsichtigt, nach der „N. A. Ztg.“, den älteren Hauptamtsassistenten und Einnehmern 1. Klasse, die längere Zeit in wichtigeren Stellen gute Dienste gekostet haben und durch ihr gesamtes Verhalten einer Auszeichnung würdig erscheinen, durch Verleihung eines persönlichen Titels seine besondere Anerkennung für ihre Dienstleistungen auszudrücken. Den Hauptamtsassistenten soll der Titel: „Haupt-Zoll- (Steuer-) Amts-Sekretär“, den Einnehmern der Titel: „Zoll- (Steuer-) Rendant“ beigelegt werden. Abgabend soll die Amtsdienstzeit sein, welche die Verleihungen in Stellen von Hauptamtsassistenten und Einnehmern 1. Klasse angebracht haben. Es dürfen jedoch nur solche Beamte in Frage kommen, für die diese Zeit wenigstens zehn Jahre beträgt. Den Provinzial-Steuerdirektoren bleibt überlassen, derartige Titelverleihungen zu beantragen und damit schon im laufenden Jahre zu beginnen, soweit hierzu Anlaß vorliegt.

Bezugs Erleichterung des Weichensverkehrs wird im Verkehr der preussischen Staatsbahnen und im direkten Verkehr mit anderen die gleiche Bestimmung aufnehmenden Bahnen die Geltungsdauer der am 22. Dezember d. J. und den folgenden Tagen geltenden gewöhnlichen Mißfahrarten von sonst kürzerer Geltungsdauer bis zum 6. Januar 1897 einschließend verlängert. Die Mißfahrt muß zur Wahrung der Frist nach der allgemeinen Vorschrift der Staatsbahnen am 6. Januar 1897 angetreten sein. Die Eisenbahndirektionspräsidenten sind in ihrer Eigenschaft als königliche Eisenbahnkommissare von dem Minister der öffentlichen Arbeiten ermächtigt worden, den Verwaltungen der ihnen unterstellten Privatbahnen die Einführung der gleichen Verkehrsveränderung zu gewähren.

Gestern Abend gegen 9 1/2 Uhr brach in der Kajüte eines am Barnitzbolkwerf liegenden, der Firma Müggendurg und Sandmann gehörigen Prachses Feuer aus. Dasselbe wurde von der hiesigen Feuerwehrein in kurzer Zeit gelöscht.

Auf der Postkutsche von Uglitzke gestern Abend der Drehschloßspieler Wegner, indem er auf der Straße auslitt und den Knöchel des rechten Fußes brach, er wurde mittels Krankenwagens in das städtische Krankenhaus überführt. Ebenort fand ein Schiffsarbeiter Aufnahme, der sich bei einem Sturz die rechte Kniegelenke zerschmettert hatte.

Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für 150 folgende Preise erzielt: Rindfleisch: 1,50, Flet 1,80, Vorderfleisch 1,20 Mark, Schweinefleisch: Koteletts 1,50, Schinken 1,30, Bauch 1,20 Mark; Kalbfleisch: Koteletts 1,80, Keule 1,60, Vorderfleisch 1,20 Mark; Hammelfleisch: Koteletts 1,40, Keule 1,30, Vorderfleisch 1,10 Mark; geräucherter Speck 1,70 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10—20 Pf. billiger. — Gänse wurden per Pfund mit 52 bis 56 Pf. bezahlt.

Auch in diesem Jahre veranstaltet der Beamten-Gesangsverein unter Leitung des Herrn Noth zum Besten einer Weihnachtsfeier für arme Beamtenkinder ein Konzert, und zwar am Freitag Abend 8 Uhr in dem neuen evangelischen Vereinssaale (Gisabellstraße 53). Die Opernsängerin Frau von Oppmerth-Schwende und der Beamten-Orchesterchor (Dir. Herr Höhn) haben ihre Mitwirkung freundlichst zugesagt. Das Programm enthält die Schmutz-Weie und Ballade aus „Faust“ (Margarethe) von Gounod, Soli von Jacobini u. a.; Dreifachweise von Händel, Mozart, Schubert (unvollendete Sinfonie) und Mendelssohn; Märschchöre von Hegar, Ebenston, Waldanus u. f. w. — Einlaßkarten à 40 Pf. zu haben in den Musikantenhandlungen von Herrn Simon, Nothmarkt, Herrn Hofes, Große Wollweberstraße 30, und der Verkaufsstelle Gisabellstraße 13.

Zur hundertjährigen Geburtstagsfeier

von

Karl Löwe

am 30. November 1896.

Auf, rüste dich zur Feier,
Du Pommernstabs Stettin!
Stimm' Saitenspiel und Leier,
Wenn Musika verhall'n!
Lobt uns ein Danklied singen
Gleich einem Jubelsturm!
Lobt alle Glocken klingen
Von Sanct Jakobsturm!

Du Greis im Silberhaare,
Du liebes Mutterlein,
Genossen junger Jahre,
Stimmt in den Jubel ein!
Denn gilt es, Löwe ehren,
Dem Leun so sehr der Art,
Um den Ihr Euch in Eßeren
Als Schüler einst gekannt!

Nun ist es ein Jahrhundert,
Daß einft sein Stern erschien,
Den heut' die Welt bewundert,
Vor dem die Rebel stehn!
So fleigreich wie die Sonne,
Brach er sich mild die Bahn;
Es wurden ihm voll Boane
Viel Herzen unterthan.

Mit seinem sanften Lichte
Wied' er die Bosheit,
Ob Leben dem Gedichte,

